

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Weg zur Einheit des Proletariats.

Parteilgenossen!

Von der Einigung des zersplitterten Proletariats wird gegenwärtig viel gesprochen. Kein Zweifel, niemals war es eigenmächtiger und notwendiger davon zu sprechen, als gerade jetzt.

Nie zuvor war der Kapitalismus in größerer Bedrängnis als zur Zeit der Weltkriege, in die der Krieg ihn gestürzt hat. Nie kämpfte er verzweifelter um seine Existenz als gegenwärtig.

Das Proletariat ist naturgemäß der unverwundliche Feind des Kapitalismus. Und wie es auch im Kriege und nach ihm gelitten hat und noch leidet, eins hat es trotz allem gewonnen:

Das Bewußtsein seiner Kraft.

Seine Kämpfe seit 1918 zeugen dafür; sie zeugen aber auch nicht dafür, daß das Kraftbewußtsein auch ergänzt wurde durch die Einsicht in die Bedingungen siegreicher Kämpfe wider das immer noch mächtigste Kapital.

Mit dem sicheren Instinkt der herrschenden Klasse haben die Kapitalisten diesen Mangel erkannt. Alles, was ihnen Kraft und Macht geblieben ist, sehen sie jetzt ein, um die Macht des Proletariats — wenn möglich — völlig zu zerschmettern.

Die wichtigste Vorbedingung für den erfolgreichen Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter ist:

der Zusammenschluß des Proletariats zum revolutionären Kampf für den Sozialismus. Jede Zersplitterung, wie jedes Abwinken von diesem Wege zum endgültigen Siege bedeutet Schwächung. Seit langem fühlen das viele Arbeiter. Andere sind durch allerhand trübe Erscheinungen in den politischen Kämpfen der jüngsten Zeit der Teilnahmslosigkeit verfallen.

Es gibt jedoch Ereignisse in Deutschland und im Ausland, die das gesamte Proletariat aufwecken und die alle Arbeiter in eine geschlossene Kampflinie führen müßten.

Blickt hinüber nach England!

Dreißig Wochen haben die englischen Arbeiter zäh und heiß gegen Lohnkürzungen gekämpft, ohne sie völlig abzuwehren zu können.

Der Lohnabbau in England beginnt!

Einmal begonnen, wird er nicht auf den Kohlenbergbau beschränkt bleiben. Schon hat er auch auf die Maschinenbau-Industrie mit einer Million Arbeiter übergegriffen. Im übrigen zeugen Millionen Erwerbsloser für die gegenwärtige Lage der englischen Arbeiterklasse.

Wie in England, so ähnlich in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Arbeiterbewegung wird in ihrer Entwicklung noch durch die wirtschaftlichen Bedingungen eines kulturellen Neulandes gehemmt. Jetzt aber ist auch in Amerika die Zahl der Arbeitslosen ins Riesenhafte gewachsen. Das amerikanische Kapital dagegen ging riesenhaft gestärkt aus dem Kriege hervor. Vertraut und gegen die Arbeiter gestärkt war es schon früher wie nirgends sonst auf der Erde.

Auch in Amerika haben die Besitzer der Produktionsmittel mit dem Lohnabbau beginnen können. Obendrein noch ohne größere Wirtschaftskämpfe. Ein deutsches Sinnestädtchen konstatiert, daß einige große Eisenbahngesellschaften nun wieder „ihren großen Reingewinn der früheren Zeiten“ erreicht haben.

Aber nicht nur im Ausland konnte mit dem Abbau der Löhne begonnen werden. Es sind auch in Deutschland seit geraumer Zeit Kräfte am Werk, um den Abbau der Löhne zu erzwingen. So fordernde die Kreuzzeitung, das Organ der

Großagrarien, in demselben Augenblick, in dem die Brotwucherer neue Milliarden Gewinne in Sicherheit gebracht haben,

Herabsetzung der Arbeiterlöhne (Reallöhne) unter gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit, sowie stärkere Steuerbelastung der Arbeiter.

Freilich glaubt die Kreuzzeitung nicht, daß die Arbeiter sich die Durchführung dieser Forderungen widerstandslos gefallen lassen werden, deshalb ergänzt sie ihre arbeiterfeindliche Forderung durch folgende Brutalität:

„Sollte es dennoch zu Ausständen kommen, dann muß die Regierung mit unbegreiflichem Willen und starker Hand dafür sorgen, daß die Ausstände ergebnislos zusammenbrechen.“

Alle kapitalistischen Pluomacher sind sich einig in der Forderung des Lohnabbaues wie der Verlängerung der Arbeitszeit.

Genossen und Genossen! Was bedeutet das alles? Ein ungeheures Zunehmen der Verelendung der Arbeiterklasse. Sie wird um so größer werden, je schwächer die Arbeiterklasse ist.

Dazu drohen der Arbeiterklasse weitere Steuerlasten.

Ein starkes Bündel neuer Steuern hat die Koalitionsregierung des Herrn Wirth angekündigt. Wem werden sie aufgebauet werden?

Steuertragen sind Fragen der politischen Macht. Die Kapitalistengruppen aller Art sind in Deutschland zur Zeit noch der politischen Mächtigen. Deshalb haben die Kriegsgewinnler sich der Besteuerung ihrer Kriegsgewinne so erfolgreich entziehen können.

Die Kriegsgewinnler von gestern werden die Reparationsgewinnler von morgen sein. Sie werden ferner jede Steuer auf ihre Gewinne und Vermögen sabotieren. So sehr sie gegen die Unterzeichnung des Ultimatum der Entente waren, so eifrig zeigen sie sich jetzt, die Profite einzuhemmen, die aus der Erfüllung der Reparationsforderungen sich ziehen lassen.

Kann es unter solchen Umständen etwas anderes geben als den schärfsten Kampf um die Verteilung der Steuern? Der Kampf hat schon begonnen. In diesem Kampfe werden die Besitzenden einig sein.

Was folgt daraus für euch, ihr Proletarier und Proletarierinnen?

Daß ihr euch zum vereinten Schlagen die Hände reichten müßt!

Was die Einigkeit vermag, bewies die Niederkämpfung der Kappisten. Damals hat sich Wert und Bedeutung des geschlossenen Auftretens der Parteien und Gewerkschaften erwiesen. Bis jetzt ist es auch gelungen, wenigstens die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren. Indes haben die inneren Kämpfe in Parteien und Gewerkschaften die Stojkraft der Arbeiter gegen die Kapitalisten gehemmt. Daraus schöpfen die Gegner neue Zuversicht für kommende Kämpfe. Ihre Angriffsloste und Angriffskraft wächst.

Zu alledem wird die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland größer und größer. Den Arbeiterentlassungen großer Werften in Bremen und Hamburg werden weitere folgen. Nur zu leicht ist es möglich, die fürchtbare Not der Arbeitslosen zum Kampf der Arbeiter gegeneinander auszunutzen.

Ihr müßt es, ihr Arbeiter, euch droht Untergang und Verderben, wenn ihr nicht den Weg zueinander findet: wenn ihr nicht zur Einigkeit im Klassenkampf kommt.

Diese Entwicklung geht vorwärts. Die Klassengegenstände verschärfen sich; die Einsicht, daß nur konsequente Klassen-

kampftaktik, nur prinzipielle, sozialistische Politik zum Sieg führen kann, wächst in allen Schichten der Arbeiterklasse.

Sie wächst, weil die Reaktion immer lechter ihr Haupt erhebt.

Sie wächst, weil die Klassenjustiz — denkt an die Ausnahmegerichte! — im Interesse der herrschenden Klassen immer rücksichtsloser gegen die Arbeiterschaft wütet.

Sie wächst, weil der Widerstand aller bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen der Arbeiter Klarheit schafft.

Sein Klassengegner ist es, der so das Proletariat immer mehr über die Verderblichkeit eines trügerischen Reformismus und Putschismus aufklärt und es zur Vereinigung auf dem Boden grundsätzlicher sozialistischer Politik drängt.

Zunächst aber kann unnütze Zersplitterung und Kraftvergeudung vermieden werden. Das wird dort am leichtesten zu erreichen sein, wo der sozialistischen Arbeit bestimmte Ziele gesetzt sind, deren Erreichung von allen Arbeiterparteien angestrebt wird.

Die Arbeit in den Gemeinden und Landesparlamenten, denen durch die Reichsgesetzgebung enge Schranken gesetzt sind, kann oft in Gemeinsamkeit erfolgen. Sie erleichtert die Behauptung eroberter Machtpositionen, die Durchsetzung gemeinsamer Forderungen, die Abwehr gegnerischer Vorstöße.

In der Reichspolitik

haben die sozialistischen Parteien hin und wieder in sozialen Fragen gemeinsam Forderungen gestellt und vertreten. Die wichtigsten, die Lebensinteressen der Arbeiter berührenden Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik können den Anlaß geben zu neuen gemeinsamen Aktionen.

Auf diese Weise kann das einheitliche Klasseninteresse der Arbeiter, Angeestellten und Beamten gewahrt werden.

Pflicht unserer Parteilgenossen

Ist es, unsere Grundsätze nach wie vor mit voller Hingabe zu propagieren, für die Erkenntnis der Notwendigkeit grundsätzlicher sozialistischer Politik in den Massen unablässig zu wirken in der bestimmten Erwartung,

daß wie bisher unsere Prinzipien durch den Gang der Entwicklung ihre Bestätigung und ihre Anerkennung in den proletarischen Massen finden werden.

Denn unsere historische Aufgabe als Partei bleibt bestehen: von den Verlockungen kommunistischer Illusionen, wie vor den Abwegen des Reformismus die sozialistische Arbeiterbewegung zu bewahren.

So gewiß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein wird, so gewiß wird das nur in unversälfertem proletarischem Klassenkampf geschehen.

Diese Erkenntnis ist es, die uns von den Rechtssozialisten scheidet.

Die Einsicht aber, daß Klassenkampf nicht gleichbedeutend ist und sein kann mit der putschistischen und terroristischen Taktik der Kommunisten, liegt auch zwischen uns und ihnen die trennende Kluft entstehen.

Das Klassenbewußtsein des Proletariats mit der richtigen Einsicht in die Bedingungen des erfolgreichen Klassenkampfes zu verbinden, das ist das Ziel und Streben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die Einigkeit des Proletariats läßt sich nicht erkügeln oder diffundieren.

Die Einigkeit des Proletariats wird erzwungen in großen proletarischen Klassenkämpfen.

Berlin, den 8. Juli 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die französische Antwort auf den Freispruch Stengers.

Es war klar, daß die französische Regierung die Herausforderung, die der Freispruch Stengers für sie bedeuten mußte, nicht ruhig hinnehmen werde wie die englische und belgische Regierung den Freispruch Neumanns und Ramdohrs. Und man muß wirklich sagen, daß das Reichsgericht es meisterhaft verstanden hat, die Erregung in den Ententeländern über seine Praxis von einem Prozeß zum anderen systematisch zu keltern. Von einem Male zum andern wurden seine Urteile milder — offenbar stützte es seinen Rücken durch das Zustimmungsgescheh der bürgerlichen Presse gestützt —, bis als erster Höhepunkt die Freisprechung des Kapitänleutnants Neumann, die die englische Deffektivität auf dem Werke verlesen mußte, erfolgte, und eine weitere Steigerung im Freispruch des Kinderhändlers Ramdohr, die das belgische Volk wie ein Weisheitswort traf. Folgte noch die Herausforderung Frankreichs; und sie erfolgte prompt gleich im ersten französischen Prozeß. Die Tat Stengers mag juristisch wegen Mangels an

Beweisen nicht zu fassen gewesen sein, sie hätte aber unbedingt moralisch verurteilt werden müssen. Zu diesem Akt der Objektivität hätte sich zumindest das Reichsgericht aufschwingen müssen. Statt dessen aber hat es durch die Art der Führung des Prozesses und des Vorhines der nationalistischen Presse Vorstoß geleistet, die um das Haupt Stengers eine Gloriole wohnt, es hat dem Böbel der alldutschen Mäßigänger die Herrschaft über die Tribüne überlassen und sein freches, herausforderndes Betragen mit Stillschweigen quittiert, so daß ihm auch die moralische Verantwortung für die pöbelhaften Ausschreitungen nach dem Freispruch Stengers, die dem Fah den Boden ausschlugen, nicht ganz abgesprochen werden kann.

Die französische Regierung hat mit der sofortigen Abberufung ihrer Delegierten und Zeugen von Leipzig und mit der Aufforderung an die Verbündeten, dasselbe zu tun und die Angelegenheit vor den Obersten Rat zu bringen, geantwortet. Sie hat damit zu erkennen gegeben, daß ihrer Ansicht nach von Deutschland eine Bedingung des Ultimatum verlegt wurde! Welche Konsequenzen für Deutschland dieser Schritt Frankreichs, den es dem

Reichsgericht und dem reaktionären Klüngel, dessen Mentalität seine Urteile entfloßen sind, zu verdanken hat, haben wir, ist vorläufig noch unabweisbar. Die nationalistischen Heftblätter in Frankreich, die um kein Gran besser sind als die deutschen, glauben natürlich jetzt den willkommenen Anlaß zur Aufrechterhaltung der Sanktionen gefunden, und selbst gewöhnlichere Blätter wie das Journal des Debats plädierten zumindest für die Aufrechterhaltung der Besetzung der Ruhrhäfen oder die Verlängerung der Besatzungsstrafen. Jedenfalls ist die außenpolitische Situation Deutschlands in einem entscheidenden Augenblick, knapp vor der Entscheidung über Oberschlesien und die Sanktionen, durch die Politik des Reichsgerichts und der es stützenden Presseente wesentlich erschwert worden.

Aber den Schritt der französischen Delegierten und Zeugen wird gemeldet:

Leipzig, 8. Juli. Heute nachmittags gegen 4 Uhr verließ die französische Delegation den Sitzungssaal des Reichsgerichts. Sie wird noch heute Leipzig verlassen. Auch die französischen Zeugen im Prozeß Schack-Kruska werden in kürzester Zeit abreisen.